



öffentlich

Betreff:

Umbenennung des Luisenplatzes in "Platz des 4. November"

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 14.10.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.11.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Luisenplatz wird anlässlich des 30. Jahrestages der Großdemonstration für demokratische Grundrechte und Veränderungen in der DDR zeitnah in „Platz des 4. November“ umbenannt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung spätestens im Januar 2020 über den Sachstand zu unterrichten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Dem friedlichen Umbruch von 1989 liegen viele wichtige Einzelereignisse und Aktionen zu Grunde. Diese reichen von der Aufdeckung des Betrugs bei den Kommunalwahlen und der Maueröffnung bis hin zur Bildung von Runden Tischen und freien Wahlen. In diesem Prozess spielt der 04.November 1989 eine besondere Rolle. An diesem Tag demonstrierten auf dem damaligen Platz der Nationen (heute Luisenplatz) Tausende von Menschen für Presse-, Reise- und Meinungsfreiheit und für freie Wahlen. Es war die größte Kundgebung in der Geschichte der Stadt.

An dieses historische Datum sollte nicht nur durch ein Denkmal erinnert werden. Eine Umbenennung des Platzes kann auf vielschichtige Weise die Auseinandersetzung mit dessen Namen und mit den damaligen Geschehnissen fördern. Außerdem würde erstmals dem geschichtlichen Ereignis und den Bürgerinnen und Bürgern, die 1989 daran beteiligten waren, eine aktive und dauerhafte Ehrung durch die Stadtverordnetenversammlung, als Vertreterin der heutigen Bürgerschaft, zuteilwerden.